

"Die Perspektive kann nur eine andere Politik sein, gegen die herrschenden Verhältnisse mit der Orientierung auf Menschenrechte und Freiheit für alle und überall."

Interview von Yeni-Özgür-Politika mit dem SFR u.a. zur Situation im Saarland und der Zusammenarbeit der EU mit der Türkei – die Fragen wurden am 23.12. schriftlich von Andreas Ries beantwortet.

1. Wie viele Flüchtlinge sind zurzeit im Saarland?

Bis Anfang Dezember 2015 wurden im Saarland rund 9000 Flüchtlinge auf die Kommunen verteilt. Im Flüchtlingslager Lebach sind zurzeit rund 3000 Menschen untergebracht, davon mehrere Hundert in Zelten. Die meisten Flüchtlinge, die in den Kommunen ankommen, sind anerkannte Flüchtlinge oder Flüchtlinge bei denen man davon ausgeht, dass sie anerkannt werden. Die größte Gruppe unter ihnen sind Menschen aus Syrien.

2. Welche Kapazität hat das Flüchtlingscamp in Lebach?

Offiziell für 1500 Menschen. Das Flüchtlingslager ist also momentan überbelegt. Hinzu kommt, dass dort auch langjährig Geduldete leben müssen. Im September hat der Saarländische Flüchtlingsrat den Fall eines pakistanischen Flüchtlings öffentlich gemacht, der seit 15 Jahren dort wohnen muss. Das bedeutet seit 15 Jahren ein Leben auf engstem Raum mit ständig wechselnden Mitbewohnern und einer ausschließlichen Versorgung durch Lebensmittelpakete. Es gibt im Flüchtlingslager Lebach viele weitere Geduldete, die dort teilweise schon sehr lange leben müssen.

3. Welche konkreten Maßnahmen hat die saarländische Landesregierung bisher für Flüchtlinge geleistet?

Vieles was staatlicherseits passiert, passiert in Reaktion auf eine Situation, auf die weder die Bundesregierung noch die saarländische Landesregierung vorbereitet waren. Ohne das Engagement der freiwilligen Helferinnen und Helfer wäre im Sommer die Aufnahme im Flüchtlingslager Lebach gescheitert. Das gilt auch für die Situation in den Kommunen. Es sind vor allem Freiwillige, die Flüchtlinge bei allen möglichen Maßnahmen wie Behördengänge, Möbel organisieren usw. unterstützen und konkrete Solidarität leisten.

4. Wie wurden bzw. werden die verschiedenen Probleme, vor allem bei der Integration der Flüchtlinge, bewältigt?

In vielen Orten gibt es mittlerweile Flüchtlingsinitiativen. Das sind Menschen aus Vereinen, den Kirchengemeinden usw., die konkret Hilfe und Solidarität organisieren. Sobald Flüchtlinge aus Lebach in einer Gemeinde ankommen, werden sie von so genannten Paten empfangen. Diese helfen den Menschen bei der Orientierung, beim Gang zum Sozialamt oder zum Jobcenter. Überall werden auch ehrenamtlich und kostenlos Deutschkurse organisiert, denn ein wichtiger Schlüssel ist sicher, Sprachbarrieren abzubauen. Ohne die ehrenamtliche Arbeit der Flüchtlingsinitiativen vor Ort könnten die Kommunen ihre notwendigen Aufgaben nicht mehr erledigen.

5. Wie schätzen Sie die Stimmung in der Gesellschaft für die Flüchtlinge ein? Beteiligt sich die saarländische Bevölkerung ausreichend an der Integration der Flüchtlinge?

Immer wieder warnte die Landesregierung davor, dass die Stimmung in der Bevölkerung oder bei den freiwilligen Helfern kippen könnte. Doch nichts davon ist eingetroffen. Die Stimmung ist nach wie vor gut. Insgesamt gehen wir im Saarland von rund 2000 Helferinnen und Helfern aus. Insoweit ist unsere Bilanz für 2015 positiv. Probleme gab es vor allem dann, wenn die Landesregierung versuchte, diese Entwicklung zu vereinnahmen oder mit bürokratischen Vorgaben zu disziplinieren. Man muss einfach sehen, dass die ehrenamtlich Engagierten eine Vielzahl an Talenten, Fähigkeiten, Wissen und Können einbringen. Was sie überhaupt nicht brauchen, sind Bevormundungen durch die Landesregierung oder die großen Wohlfahrtsverbände.

Der Begriff „Willkommenskultur“ ist ja heute in aller Munde, auch die Saarländische Landesregierung bezieht sich darauf. Aber diese Willkommenskultur ist keine Erfindung der Regierung. Sie wurde von Flüchtlingen und Flüchtlingsinitiativen auf den Weg gebracht. Es sind Hunderttausende von Helferinnen und Helfern, quer durch die Republik, die diese „Willkommenskultur“ praktisch leben.

So positiv die Solidarität mit den Flüchtlingen ist, wir dürfen die Gefahr rassistischer Stimmungsmache und Gewalt nicht unterschätzen. Für Neonazis und Rechtspopulisten war dieser Sommer der Migration eine große Niederlage. Entsprechend sind die Reaktionen: Das Internet ist voll mit rassistischen und neonazistischen Kommentaren. Quer durch die Republik gibt es Anschläge auf Unterkünfte und körperliche Übergriffe gegen Flüchtlinge. Auch im Saarland gab es in der Nacht vom 8. zum 9. September einen Brandanschlag auf eine geplante Unterkunft, bei dem aber glücklicherweise niemand verletzt wurde.

6. Wie schätzen Sie die zwischen der EU, angeführt von der BRD, und der Türkei getroffenen Entscheidungen bzgl. der Flüchtlingspolitik ein?

Das Hauptproblem ist der Widerwille innerhalb der EU Flüchtlinge in großer Zahl aufzunehmen. Deswegen sollen die Grenzkontrollen noch massiver ausgebaut und die Abschiebep Praxis verschärft werden. Deswegen jetzt die Vereinbarung mit der Türkei. Die Türkei erhält 3 Milliarden Euro, damit sie die Grenze gegenüber Flüchtlingen dicht macht. Im Gegenzug wird sie von Merkel zum Schlüsselpartner der EU ernannt. Vom aktuellen Ausnahmezustand und den Menschenrechtsverletzungen insbesondere in den kurdischen Gebieten kein Wort. Am 28. November wurde Tahir Elçi ermordet, am 30. November wurde in Brüssel der Vertrag mit der Türkei unterschrieben. Ich denke, das sagt schon alles.

7. Wie könnte eine nachhaltige Gestaltung der Flüchtlingspolitik aus ihrer Sicht aussehen? Welche Lösungsvorschläge oder Perspektiven bestehen ihrerseits?

Der wichtigste Schritt wäre zuerst einmal ein Ende der alten Abschottungs- und Abschreckungspolitik gegenüber Flüchtlingen. Teilweise kommt diese Politik auch als Migrationssteuerung daher. Verkürzt gesagt: Wer nach kapitalistischen Verwertungskriterien gebraucht wird, spricht: nützlich ist, darf bleiben. Gegen den großen Rest wird die Mauer hochgezogen. Für den ist dann an den Außengrenzen Frontex bzw. die Bundespolizei zuständig. Aber 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind eine globale Tatsache, die unmittelbar mit der krisenhaften Entwicklung der Welt und der Zerstörung von Lebensgrundlagen zusammenhängt. Weder die herrschende Politik noch die Bevölkerung hierzulande kann so tun, als hätten die Lebensbedingungen in Bangladesch, im Senegal, im Iran oder in Syrien nichts mit hier zu tun. Sie hängen unmittelbar mit den herrschenden Wirtschafts- und Machtinteressen zusammen, aber sie hängen auch mit unserer konsumorientierten Lebensweise zusammen. Die Kleidung, die wir tragen: Unter welchen Bedingungen wird sie produziert? Oder unsere Handys: Woher kommen die dafür notwendigen Rohstoffe? Unter welchen Bedingungen werden sie gewonnen? Insoweit kann die Perspektive nur eine andere Politik sein, gegen die herrschenden Verhältnisse mit der Orientierung auf Menschenrechte und Freiheit für alle und überall. Ich bin mir sicher, dass uns die aktuelle Migrationsbewegung nach Europa genau mit dieser Frage konfrontiert. Die Menschen entziehen sich bewusst dem Elend, dem Wahnsinn, der gesellschaftlichen Perspektivlosigkeit. Ihre Flucht ist ein politischer Akt, der das Recht auf Leben einfordert. Ignorieren und abschrecken funktioniert da nicht mehr.

8. Wie finden Sie die Haltung der Bundesregierung gegenüber Flüchtlingen?

Für die richtige Entscheidung von Angela Merkel im Sommer, Flüchtlinge, die in Ungarn festsaßen, aufzunehmen, gab es innerhalb der Bundesregierung nicht nur Applaus. Es wurde deutlich, dass es grob zwei Linien in der deutschen Flüchtlingspolitik gibt, eine reaktionäre, nationalistisch

orientierte, die auch mit PEGIDA kompatibel ist und eine eher moderne, neoliberal orientierte. Allerdings hat sich bis heute an der grundsätzlichen Orientierung staatlicher Flüchtlingspolitik nichts geändert. So wurden in den letzten Monaten weitere Asylrechtsverschärfungen auf den Weg gebracht, neue sind in Planung. Die als Asylpakete I und II bekannt gewordenen Maßnahmen zielen wie gehabt auf Disziplinierung und Abschreckung.

9. Wie ist die aktuelle Haltung der Türkei gegenüber Flüchtlingen einzuschätzen? Vor allem auch in Bezug auf die eigene kurdische Bevölkerung, die ja nun von der türkischen Regierung terrorisiert wird und einige Teile der Bevölkerung vor dem Krieg in der eigenen Heimat fliehen müssen? Ist die Türkei ein sicheres Herkunftsland?

Schon der Begriff des „sicheren Herkunftsstaates“ ist ziemlich fragwürdig. Eingeführt wurde er 1993 als das Grundrecht auf Asyl deutlich eingeschränkt wurde. Die Konstruktion besagt, dass es in bestimmten Ländern keine staatliche Verfolgung gibt. Das Ziel war damals wie heute, mehr Asylsuchende abzulehnen und schneller abzuschicken. Was die Situation in der Türkei betrifft, gibt der Deal mit der EU der Türkei faktisch freie Hand, die aktuellen Militäroperationen in den kurdischen Gebieten durchzuführen. Alle bekommen es zumindest über die Medien mit, dass es unter dem jetzigen Ausnahmezustand zu massiven Menschenrechtsverletzungen, zu willkürlichen Verhaftungen, zu Folter und Morden kommt. Es liegt auf der Hand, dass die türkische Politik wie in den 1990er Jahren vermehrt Menschen zur Flucht zwingt. Nicht nur dass die Bundesregierung dazu schweigt, es gibt tatsächlich Überlegungen die Türkei als sicheren Herkunftsstaat zu erklären. Anders gesagt: Die kurdische Bevölkerung zahlt gerade den Preis dafür, dass Erdogan für die EU den Türsteher macht.

10. Was können Sie in Bezug auf den Amnesty international Bericht sagen, welcher kürzlich veröffentlicht worden ist?

Nicht nur die Situation in den kurdischen Gebieten hat sich seit dem EU-Deal massiv verschlechtert, sondern auch die der Flüchtlinge im Land. Der Bericht von Amnesty International kritisiert u.a., dass die Türkei Flüchtlinge regelrecht erpresst: Entweder Inhaftierung oder Abschiebung. Die Türkei spricht von Rückführungs- bzw. Aufnahmezentren. Amnesty schlichtweg von Haftanstalten und wirft der EU vor, dass sie diese mitfinanziert. Deswegen fordert Amnesty auch konsequenterweise die Zusammenarbeit mit der Türkei sofort zu stoppen. Als Saarländischer Flüchtlingsrat können wir uns dem nur anschließen. Die Zusammenarbeit mit dem Erdogan-Regime ist eine Sackgasse, in der die Menschenrechte auf der Strecke bleiben.